

«New Deal» für den Schweizer Wohnungsbau

Der Staat soll Genossenschaften fördern, sagt Glättli

VON ROMAN SEILER

Der grüne Nationalrat Balthasar Glättli, Vizepräsident des Schweizerischen Mieterinnen- und Mieterverbands (SMV), fordert «einen wohnpolitischen New Deal». Dafür müsse die «aktuelle Zinssituation» genutzt werden. Denn demnächst kostet es Grossanleger etwas, wenn sie Geld bei Banken parkieren. Die Nationalbank hat Negativzinsen eingeführt.

Glättli sagt auf eine schriftliche Anfrage: «Der Staat muss das günstige Geld für eine massive Förderung des genossenschaftlichen Wohnungsbaus nützen.» Das unterstütze unterdessen sogar Ex-Credit-Suisse- und UBS-Chef Oswald Grübel. «Je mehr Wohnraum dem renditeorientierten Markt entzogen wird», sagt Glättli, «desto nachhaltiger wird die Mietexplosion bekämpft.»

Zudem appelliert Glättli in der wirtschaftlich kritischen Lage nach der Preisgabe der Mindestgrenze für den Euro an die Hausbesitzer: «Da nun eine lange Tiefzinsphase zu erwarten ist, rufen wir alle Vermieter auf, noch nicht weitergegebene Mietzinssenkungen automatisch weiterzugeben.» Der Grüne geht davon aus, dass eine weitere Senkung des so-

nannten Referenzzinssatzes für die Mietzinsgestaltung «durchaus wahrscheinlich» sei.

Jedes Mal, wenn der Referenzzinssatz sinkt, müssen die Mieten angepasst werden. Das war letztmals im Herbst 2013 der Fall, als er von 2,25 auf ein Rekordtief von 2,0 Prozent fiel. Damals erhielten die Mieter einen Anspruch auf eine Mietsenkung um 2,91 Prozent. Da nun eine lange Tiefzinsphase zu erwarten sei, ruft Glättli alle Vermieter auf, «noch nicht weitergegebene Mietzinssenkungen automatisch weiterzugeben». Und er sagt: «Mieter, die diese nicht erhalten haben, sollen sich rasch beim Mieterverband informieren, wie sie diese einfordern können.»

Denn Mieter müssten wegen der Tiefzinsen mit einer Senkung der Renten rechnen, so Glättli: «aber nicht mit entsprechenden Einsparungen bei den Mieten.» Die Miete sei der grösste Kostenblock in den Haushalten, so Glättli: «Wer nun Lohnsenkungen zur Debatte stellt, weil ja die Preise sinken würden, vernachlässigt, dass wechselkursbedingte Einsparungen beispielsweise bei Lebensmitteln unbedeutend sind im Vergleich zur Bedeutung der Miete.»